

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Arbeitsblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abzugspreis: Im Monat Februar 1200 M. mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 60 M. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 80 M., die Reklamzeile 200 M. Mindestbetrag bei Nichterschienen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Diefetzung. eines Auftrags 200 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Jahrsabonnement ist der Rabatt pünktlich.

No. 85.

Ultensteig, Montag den 12. Februar.

Jahrgang 1923

Amerika am Scheidewege.

Amerika steht am Scheidewege. Ein Teil der öffentlichen Meinung und eine starke parlamentarische Opposition drängen, besonders unter dem Eindruck des französischen Gewaltaktes gegen das Ruhrgebiet, auf ein aktives Eingreifen in die europäischen Angelegenheiten, während einflussreiche konservative Kreise um Harding und ein ebenso großer Prozentsatz des Volkes während ihre Stimme gegen das Betreten des europäischen „Strenghaus“ erheben. Auf diese einfache Formel könnte man die beiden Gegenströmungen bringen. In Wirklichkeit liegen die Dinge viel komplizierter. Sie sind verwickelt mit außenpolitischen Prestigefragen, mit innerpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten so ernster Natur, daß die zwischen zwei Feuern befindliche Regierung, ob sie nun aktive Europapolitik treibt oder bei ihrer bisherigen äußerlich passiven Haltung bleibt, jedenfalls schärfste Kritik im eigenen Lande zu gewärtigen hat. Hieraus erklärt sich ihr augenblickliches Zögern: es scheint das geringste Risiko in sich zu schließen.

Zum ersten Male seit Kriegsende regt sich, wie die „D. A. Z.“ in einem Beitrage schreibt, ein moralisches Gewissen. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, Amerika fühle sein Gewissen durch seine Teilnahme am Kriege bedrückt. Das Volksempfinden ist hierin nach wie vor: wir haben den Deutschen eine iltliche Lektion erteilt — es geschah ihnen recht! Aber nun, und das ist der springende Punkt: Nun wollen wir uns wieder vertragen und Geschäfte miteinander machen. Dieser Standpunkt entspricht unserem Denken durchaus nicht, denn das deutsche Volk hat es noch nicht und wird es nie vergessen können, daß durch den blinden Glauben an das von Wilson verübete Evangelium von der Völkerrfreiheit Deutschland ein willenloses Werkzeug in der Hand französischer Machthaber wurde. Nach diesem Grundab aber sollten, so ist die Meinung beim amerikanischen Volke, die Staaten eingreifen und die drohende Vernichtung der Weltwirtschaft zu verhindern suchen. Diese Ansichten sprechen aus Tausenden von Pressestimmen.

Der mehr bedeutende als einflussreiche Dolmetscher dieses Verantwortungsgefühls ist augenblicklich Senator Borah (Idaho). Nominell der regierenden republikanischen Partei angehörend, bildete er seit dem Kampfe gegen das Versailles Diktat und den Völkerverbund mit den Senatoren Johnson, France und La Follette die Gruppe der sogenannten Unversöhnlichen, jener entschiedenen Gegner jeglicher Bündnisse und außeramerikanischer Bindungen. Aus nicht recht erklärlichen Gründen ist plötzlich dieser Saulus zum Paulus geworden und hat zum Erstaunen seiner früheren Freunde den Plan einer von Amerika einzuberufenden Weltwirtschaftskonferenz entwickelt. Zur Begründung seines Antrags betont er, daß Amerika ohnehin durch inoffizielle Beobachter ständig „in Europa gewesen“ sei, und daß eine klare Entscheidung der Staaten Ruhe und Frieden in die Welt bringen würde. Er zog seinen Antrag auf ein Schreiben Harding an den Führer im Senat zurück. Der Präsident erklärte darin, die Konferenz sei inopportun und würde nur die von der Regierung angeknüpften Fäden zerreißen. Vor einigen Tagen ist Borah nun erneut mit einer scharfen Anklage hervorgetreten, in der er das Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet als eine Herausforderung der internationalen Ordnung und des Weltfriedens bezeichnete und der Regierung vorwarf, sie hätte durch energisichere Schritte das Unheil abwenden sollen. Die Regierung ließ zum ersten Male nach langem Schweigen in einer langen Erklärung ihren Standpunkt darlegen. Ein Protest gegen das fait accompli des französischen Vormarsches sei zwecklos und entbehre der Rechtsgrundlage, weil wegen der Nichtratifizierung des Versailles Diktates keine Verlegung irgendeines spezifisch amerikanischen Rechtes vorliege. Aus der Erklärung war herauszulesen, daß Frankreich die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz durch seine von vornherein ablehnende Haltung unmöglich gemacht haben würde. Die Regierung habe sich einer direkten Abfrage nicht aussetzen wollen.

Dieser diplomatische Rückzug ist zwar völlig korrekt begründet, doch merkt man ihm an, wie erleichtert sich die Regierung fühlt, daß sie ihn antreten konnte nach den verheißungsvollen Tönen, die im November zum hoffnungslos darniederliegenden Kontinent aus dem Munde des Präsidenten und des Staatssekretärs Hughes

herüberklangen und zum Teil einen unbegründeten aber irrlärllichen Optimismus verursachten.

Zimmer wieder kehrt in parlamentarischen Debatten die Befürchtung wieder, Amerika könnte durch Teilnahme an einer allgemeinen Weltwirtschaftskonferenz zur Herabsetzung oder gar Annullierung seiner europäischen Forderungen in irgend einer Form gezwungen werden. Deshalb „hands off Europe!“ (Hand weg von Europa!) Die Regierung weiß, daß sie es nicht ungestraft wagen darf, irgendeine wesentliche Modifikation in der Schuldentilgungsfrage zuzulassen. Die Rückzahlungsbedingungen sind vom Kongreß festgelegt und müssen respektiert werden. Auf der anderen Seite hat sie aber auch genau erkannt, daß ohne Kompensationsmöglichkeiten in dieser Frage die Aussichten für ein erfolgreiches Verhandeln mit den europäischen Mächten auf ein Minimum herabgesetzt erscheinen. Sie sieht ihre Hände gebunden und findet auf diesem Dilemma keinen Ausweg.

Ein vielleicht noch stärkerer Hemmschuh für die amerikanische Regierung liegt in der außerordentlich verwickelten parlamentarischen Lage. Seit der erstatanten Niederlage der Regierungspartei bei den Novemberwahlen obstruiert eine zahlenmäßig nicht starke aber ausschlaggebende parlamentarische Opposition jede Regierungsvorlage. Sie macht, wie man drüben sagt, jeden Weisheitswurf zum „Fußball“ im Spiel der Parteien. Die Minderheit, die man wegen der stark vertretenen Farmer-Elemente auch den Farmerblock nennt, ist es vor allem, welche, gestützt auf einen großen Teil der öffentlichen Meinung für die Lösung des wirtschaftlichen Chaos in Europa macht. Die Farmer, etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung, haben durch den Mangel an Absatzmöglichkeiten schwere Verluste erlitten. Sie wollen ihren Ueberfluß an Weizen wie früher in zahlungsunfähigen Ländern absetzen und verlangen, daß die amerikanische Regierung Ländern wie Deutschland wenigstens Lebensmittellieferungen erdöffne. Der von dem Farmerblock vorgeschlagene Weg des Eingreifens in die europäischen Angelegenheiten erscheint der Regierung gefährlich. Sie hat das größte Interesse, ihr legislatives Programm bis zum 4. März ohne jede Störung abzuwickeln, solange sie sich noch auf eine sichere parlamentarische Mehrheit stützen kann. Dieses Ziel würde sie nicht erreichen, wenn ihre Arbeit durch dauernde parlamentarische Erörterungen über die Europafrage aufgehalten würde. Deshalb wäre ihr eine unverbindliche Fühlungnahme mit den europäischen Staaten viel erwünschter als eine Lösung der Frage auf dem Wege parlamentarischer Sanktionen.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Der Ausschuß des nordamerikanischen Abgeordnetenhauses für den zwischenstaatlichen Handel hat die Winslow-Bill für Rückgabe eines Höchstbetrages von 10 000 000 Dollars von jedem beschlagnahmten deutschen Vermögen gebilligt ebenso auch die Rückgabe aller angefallenen Treuhändergelder und anderer Einkommen, die sich zusammen auf nahezu 7 Millionen Dollars jährlich belaufen, und gleichfalls aller noch unverkauften oder durch Prozesse nicht beanspruchten Patente. Das bedeutet die Freigabe von 28 000 kleineren Vermögen und teilweise Freigabe von 2200 größeren, die zusammen 44 Millionen Dollars ausmachen, während die Regierung auch weiterhin 300 Millionen Dollars deutschen Eigentums unter Beschlagnahme behält, die genommenen Schiffe eingeschlossen, als Garantie für die Bezahlung der amerikanischen Forderungen an Deutschland.

Diese amerikanische Meldung über den Beschluß des amerikanischen Repräsentantenhauses dürfte geeignet sein, in weniger unterrichteten Kreisen unberechtigten Optimismus über die weitere Entwicklung der für die deutschen Eigentümer sehr wichtigen Angelegenheit zu erwecken. Es sei daher festgestellt, daß der vorliegende Kommissionsbeschluß lediglich einen kleinen Schritt nach vorwärts bedeutet, die endgültige Freigabe deutschen Eigentums in dem berichteten Umfang von zunächst 44 Millionen Dollars ist auch nach diesem Beschluß in ebenso ungewisse Zukunft gerückt wie bisher. Die staatsrechtliche Entwicklung der Angelegenheit ist nun zunächst folgende: Das Material der Interstate Commission wird zusammen mit dem mitgeteilten Beschluß dem Plenum des Repräsentantenhauses überwiesen; dieses wird die Bill an den Senat weitergeben, der es durch seine juristische Kommission beraten läßt. Gleichgültig, ob Änderungen an dem Entwurf vorgenommen wurden oder nicht, wandert er zurück an das Repräsentantenhaus, und erst wenn dieses mit den Änderungen einverstanden ist, erfolgt die ge-

meinsame Erklärung der beiden Häuser des Kongresses, die die Bill zum Bundesgesetz erhebt. Also ein langer Weg. Völlig illusorisch sind alle zu früh gehegten Erwartungen, wenn, was mit Bestimmtheit vorausgesetzt werden kann, dieser lange Weg nicht spätestens bis zum 4. März, wenn der jetzige Kongreß auseinandergeht, zurückgelegt ist. Dann erfolgt naturgemäß die Vertagung der Bill bis zum Dezember d. J., wenn der neue Kongreß seine Arbeit beginnt. Staatsrechtlich besteht zwar die Möglichkeit, daß Präsident Harding den Kongreß in der Zwischenpause zusammenberuft, aber nur wenn der Gegenstand der Tagesordnung diese außerordentliche Maßnahme rechtfertigt. Und das ist nun Ansichtssache — je nachdem.

Was schließlich die Rückgabe der nach unverkauf-ten Patente betrifft, so darf man sich lt. „D. A. Z.“ auch darüber keinen Illusionen hingeben. Verkauft sind bereits die wertvollsten Patente, so daß sich der genannte Beschluß nicht bezieht auf sämtliche Farb- und Stoffpatente, auf die wertvollen Patente der Bosch-Magneto Co. und viele hundert andere. Was also noch freigegeben werden könnte, ist für unsere Interessen nicht mehr sehr erheblich. Nicht weniger als 4802 chemische Patente waren seinerzeit in die Chemical Foundation zum Spottpreis von 250 000 Dollars verschahert worden. Der wirkliche Wert dieser Patente ist indessen von amtlicher amerikanischer Seite auf mindestens 19 Millionen Dollars geschätzt worden. Diese Werte, auf die sich der obige Beschluß also nicht bezieht, sind für uns vorläufig verloren. Bevor die beantragte Rückgabe dieser Patente an die Bundesregierung nicht erfolgt ist, kann an eine befriedigende Regelung dieser Angelegenheit, die auch nach amerikanischem Empfinden sehr nach einem ungeheuerlichen Panama schmeckt, nicht gedacht werden.

Franzosen einfall in Baden.

Offenburg, 11. Febr. Ueber die Lage wird berichtet: Der Straßenverkehr ist jetzt wieder Tag und Nacht freigegeben worden. Die Wirtschaften können bis 10 Uhr offen bleiben. Nur drei Wirtschaften hatten die Auflage erhalten, am Sonntag um 8 Uhr zu schließen. Der Verkehr nach außerhalb Offenburg ist frei, aber die Leute, die Offenburg betreten, können angehalten werden. Sie müssen im Besitz eines Ausweises über ihre Person sein. Der Oberbürgermeister hat die Bestrafung der Wirtschaftsinhaber, die sich hinsichtlich des Verkehrsverkehrs nicht an die Anordnungen der Besatzungsbehörde gehalten haben, abgelehnt. Die Befreiung von Schütterwalde und Vogelshurb hat sich nicht bestätigt. Es sind dort nur französische Kavalleriepatrouillen erschienen. Das Verkehrsleben der Stadt Offenburg leidet unter der Verkehrsperre immer mehr. Der Postverkehr wird einzeln mit den nächsten Orten des unbefestigten Gebiets notdürftig aufrechterhalten. Nach Offenburg selbst ist bisher aus den weiter liegenden Gegenden keine Post gekommen. Die „Offenburger Zeitung“, die auf zwei Tage verboten war, durfte am zweiten Tage wieder erscheinen.

Am Montag kommt der Reichspräsident nach Karlsruhe, um mit den maßgebenden Kreisen der Regierung, der Gemeindevertretungen und der Berufskörpers die Lage in den neu besetzten Gebieten von Offenburg und Appenweier zu beraten.

Eine Fahrt durchs neubefestigte badische Gebiet.

(Sonderbericht der T.-U.)

Eine Reise nach Offenburg ist nach Eintritt der Besatzungsperre nicht mehr so bequem wie zuvor. Je mehr sich der Zug Renchen nähert, um so weniger Reisende sind zu befördern. Der Verkehr ist unterbunden und die Zahl derjenigen, die es nun doch einmal unternehmen, in das neubefestigte Gebiet zu kommen, ist nicht allzugroß. In Renchen selbst ist man etwas enttäuscht, so wenig Fahrgelegenheit vorzufinden. Die Landstraße von Renchen über Jümmern und Appenweier nach Offenburg hat wohl noch niemals einen so außerordentlich starken Verkehr gesehen wie in diesen Tagen. Den Hauptverkehr scheidt Offenburg in Gestalt ganzer Karawanen von Fußgängern, die mühsam ihre Koffer und Handtaschen zum Renchener Bahnhof schleppen; aber auch weiterher, von der letzten Bahnstation des Oberlandes, von Niederhohenhausen im kommen die Leute, die auf der ziemlich ausgedehnten und schmalen Landstraße die über 20 Km. weite Strecke zurücklegen müssen. Dazwischen Wagen aller Art, die dahintausenden Automobile der französischen Offiziere und die vielen Radfahrerkolonnen, die langsam fahrend, mit Räder bespannten Holz- und Räderfahrwerken der Appenweierer und Renchener Bauern.

Der erste französische Kavallerie beginnt aus Renchen

Durch nach Menschen und die erste französische Wache steht auf der Brücke bei Zimmern, einem kleinen Kollalort von Urloffen, das ebenso wie dieses besetzt ist. Jetzt wird auch das militärische Treiben immer lebhafter. Überall sieht man Kavalleristen und die Infanterie abt auf einem Felde in der Nähe von Appenweier. Dieses kleine, kaum 2000 Einwohner zählende Dorf, ist plötzlich in eine kleine Garnison umgewandelt. Man kann sich vorstellen, wie schwer Appenweier durch die Einquartierung belastet ist, denn auf diese noch nicht 2000 Einwohner kommen 800 französische Soldaten. Man sieht sie deshalb auch überall: in den Ställen und in den Stuben der Bauern. In den Grasgärten führen sie die Pferde spazieren. Das Schulhaus und die Räume der Wirtschaftler sind natürlich von den Franzosen dicht besetzt. Der Ortskommandant von Appenweier ist der Oberleutnant Cayeux vom 170. Jant-Regt. in Rehl. Hier in Appenweier wurden unsere Väter verlagert. Die Sache ging anstandslos, ein Ausweis, der einen polizeilichen Stempel trug, genügte.

Auf dem Wege entlang dem großen Offenburger Rangierbahnhof bemerkt man nur wenige französische Wachen. Ganz eigenartig mutet die Totenstille an, die dort herrscht, wo in normalen Zeiten sich ein ungeheurer Verkehr abwickelt. Am Offenburger Personenbahnhof sitzen einige französische Soldaten auf den Tritten des Hauptsteigangs. Stärkes Leben durchflutet die Offenburger Hauptstraße; die Post ist sehr stark besetzt, hier muß jede Zivilperson den Weg verlassen. Der militärische Hauptbetrieb spielt sich noch immer auf dem Marktplatz ab. Im Rathaus ist die französische Kommandantur eingerichtet. Es ist ein fortwährendes Ab und Zu der französischen Soldaten und der französischen Automobile, die mit rücksichtsloser Schnelligkeit durch die Straßen fahren. Die Polizei, die unter französischer Aufsicht steht, läßt sich jetzt wieder in Uniform bilden, nachdem ihr versichert wurde, es bestehe für sie keine Grundpflicht gegenüber den französischen Soldaten.

Jegliche Zwischenfälle durch Unbesonnenheit waren bis jetzt nicht zu verzeichnen. Die französischen Soldaten lassen in den Wirtschaften viel Geld sehen und kaufen sich alles, was ihr Herz begehrt. Bei dem schlechten Stand der Mark gegenüber dem Franken eine leichte Sache! In der Stadt Offenburg selbst hat man von Requisitionen noch nichts gehört, aber auf den Dörfern, auch denen, die in der Nähe des neu besetzten Gebietes liegen, sind diese Requisitionen, über die auch dem Staatspräsidenten Klemme bei seiner Anwesenheit in Achern lebhaft geklagt wurde, an der Tagesordnung. Die französischen Soldaten holen sich einfach aus Stall und Scheune weg, was sie brauchen. Alles Protestieren hilft da nichts. Das Umherstreifen der franz. Partouillen in der weiteren Umgebung von Offenburg und ihre Auftreten in diesem und jenem bisher unbesetzten Dorf hat zu den verschiedensten Gerüchten über Neubestellungen Anlaß gegeben. Tatsache ist, daß franz. Kavallerie in größerer Zahl sich in Schutterwald und in Langhursb niedergelassen haben. Es heißt, diese Truppen würden dort verbleiben, weil sie in Offenburg nicht hatten untergebracht werden können. (Dies hat sich nicht bestätigt. D. R.)

Es ist schon berichtet worden, daß die Vertreter der Arbeiter- und Beamtenorganisationen bestimmte Forderungen der Befugungsbehörde unterbreitet hatten und daß diese ein gewisses Entgegenkommen gezeigt habe. Die Hoffnungen, die man daraus setzte, haben sich aber nicht erfüllt. Die Situation hat sich vielmehr zugespitzt und die Franzosen haben eine teilweise Verschärfung der bestehenden Vorschriften eintreten lassen.

Reservell.

Freude, Freude treibt die Räder
Ja der großen Weltentzwei
Aus der Wahrheit Feuerpfad
Bählet sie den Fortschritt an,
• In der Jugend feiltem Hölzel
Leitet sie des Dalbers Bahn.

In des Lebens Mai.

Roman von Ant. Andrea.

(38)

(Nachdruck verboten.)

12. Kapitel.

Mit all seinen guten Vorsätzen war es mal wieder nichts gewesen. Er hatte eben kein Rückgrat! Mumm gestand es sich ein unter dem Einflusse einer erg durchschwärmten Nacht, die ihm nichts als einen Brunnenschädel und den traditionellen Rahenjammert eingebracht hatte.

Er säufte sich auf der Chaiselongue auf seiner Erde und stellte pessimistische Betrachtungen an über die Debe seiner Tage und die Langeweile eines freudlosen Studenten-daseins.

Keinen Pfennig mehr in der Tasche. Den größten Teil des Monats auf das bishigen Stundengeld lanerud; die Schwester ansparend und an den elenden Brocken lauernd, die mütterliche Liebe sich am Thunde abdarbte.

Und das nannte man Leben! Dafür war man jung und hatte die Welt offen stehen wie ein goldenes Tor! Was es einen elendern Widerspruch als diesen?

Wenn er sich wenigstens kopfüber hätte verlieben dürfen! Es hätte ihn für manches entschädigt. Da war auch eine, die mit zartem Finger an seinem Herzen rührte. Wie ein schöner Stern war sie am Himmel seines grauen Alltags aufgegangen. Aber sie stand zu hoch für ihn. Sie war unerschöpflich. Heute von Stand und Vermögen, wie sein Freund Horst, konnten eher die Augen zu ihr erheben. Aber er, der nichts hätte als einige armelige Aussichten

Als wir vor Einbruch der Dämmerung wieder nach Reichen zurückkehrten, rauchten überall in den besetzten Dörfern die Feldflühen und die Pferde wurden zur Tränke an den Brunnen geführt. Es sind traurige Bilder, die man sieht: Deutsches friedliches Land unter der Herrschaft französischer Soldaten, die hier mit fremdem Eigentum schalten und walten, wie es ihnen beliebt.

Schredensherrschaft an der Ruhr.

Berlin, 11. Febr. Die „Arenzzeitung“ will wissen, daß die Pariser Militärs entschlossen sind, dem Präziden Poincaré nachzukommen und in den nächsten Tagen zunächst Hamm und Mänker zu besetzen. Weiterhin sollen aber auch die Truppen bis Wesel und Dönard vorgehoben werden. Im Süden beabsichtigt man die Besetzung von Frankfurt a. M. und Mannheim. Wie der Berichterstatter des „Berl. Tagbl.“ durch die Offenherzigkeit einer französischen Ordonnaus erfahren haben will, ist auf den französischen Generalstabskarten der Schwarzwald bereits bis Freiberg abgesteckt worden. Auffällig ist auch, daß in den Buchhandlungen von den Franzosen sämtliche Schwarzwaldkarten ausgeliefert worden sind. Tatsache ist auch, daß der Truppennachschub aus Frankreich unvermindert anhält. Auch verlautet, daß die Franzosen in Strassburg Landsturm ausheben.

Berlin, 11. Febr. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Mainz sind bisher alle Versuche, die zahlreichen zwischen Bingen und Mainz liegenden Rheindampfer durch französisches Militär in Fahrt zu setzen, erfolglos geblieben. Einige von den Franzosen zusammengestellte Schiffszüge konnten nicht in Fahrt gesetzt werden, da die Maschinen fehlten. Die Maschinen und Helzer des Rheins und seiner Nebenflüsse haben erneut in Versammlungen beschlossen, den Kampf mit unverminderter Energie weiterzuführen.

Vöhm, 11. Febr. Die „Bergarbeiterztg.“ schreibt: Der Wille der Arbeitnehmer, sich nicht zu lassen vor den französischen Bajonetten, ist unerschütterlich. Das Ruhrgebiet ist das wirtschaftliche Herz Deutschlands. Wenn französische Imperialisten und Kapitalisten darüber verfügen, wird das Glend des deutschen Volkes größer und größer. Die französische Arbeiterbewegung wird mit gewalttätigem Militarismus niedergehalten. Deshalb haben wir auch alle Veranlassung, an unserem Standpunkt bernünftiger und entschlossener Abwehr festzuhalten.

Oberhausen, 11. Febr. Der hiesige Oberbürgermeister, der eine weitere Lieferung von Heu und Stroh an die Franzosen verweigerte, wurde verhaftet und trotz seines Einspruchs an den Händen gefesselt. Da sich die anwesenden Beamten dem Einspruch angeschlossen, wurden ihm die Fesseln wieder abgenommen. Die gesamten Angestellten, Arbeiter und Beamten der Stadtverwaltung Oberhausen beschlossen daraufhin, sofort in einen Einspruchstreik einzutreten.

Die französischen Kriegsgerichte.
Mainz, 11. Febr. Das französische Kriegsgericht fährt fort, gegen die Teilnehmer an den Kundgebungen für Thysen und Genossen schwere Strafen zu verhängen. Staatsanwalt Schröder wurde in Abwesenheit zu einem Monat Gefängnis verurteilt, ein 19jähriger Arbeiter erhielt 2 Monate Gefängnis, ein 67 Jahre alter pensionierter Oberpostsekretär 6 Monate Gefängnis. Als ein französischer Geheimpolizist damals einen Demonstranten festnehmen wollte, kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf ein Polizeioffizier von dem Gerichtsschreiber Joseph Gödder aus Mainz einen Schlag auf den Kopf erhielt, so daß er zu Boden stürzte. Bei seiner Festnahme leistete Gödder Widerstand. Das Urteil gegen ihn lautete auf 3 Jahre Gefängnis und 300 Fr. Geldstrafe.

Nachen, 11. Febr. Der Bürgermeister von Nachingen, Dehof, wurde vom Kriegsgericht wegen Nichtausführung von Befehlen der Befugungsbehörde zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Bürgermeister wurde ausgewiesen.

ganz am Ende von vielen langen Jahren — er war müde. Er konnte einem vornehmen Mädchen nichts bieten. Wenn nicht einmal ein Wunder geschah, blieb er jämmerlich im Dohnenkreise seines Schicksals hängen.

Mumm sprang auf seine Füße. Es war, um mit dem Kopfe höher in die Wand zu schlagen! Nach einigen Sekunden ging er zu seiner Mutter hinüber und warf sich in ihren Sorgenstuhl.

„Ist Hell zu Hause?“

„Eigentlich! Sie hat Unterrichtsstunden.“

Es gab Frau Großmann einen Stoß. Sie wußte Bescheid. So oft ihr Sohn zu dieser Tageszeit nach seiner Schwester fragte, sah er in der Ferne. „Wolltest Du etwas von ihr?“

„Nichts von Wichtigkeit. Es hat keine Eile.“

Mumm schaute und rieb sich den Augen.

„Willst Du etwas Warmes trinken, Hans?“ fragte Frau Großmann gebuldig. „Ach, mein Jung, Du raunierst Dich! Diese nächtlichen Kneipereien immer — das hältst Du nicht aus.“

„Woh nicht, Mutter!“ ächzte er. „Jedes Wort liegt mir wie ein Stein gegen den Kopf. Schwach wird mir!“

Frau Großmann betrachtete ihren Sohn als Herrn im Hause, dem man nicht viel dreinreden dürfe. Der Wirkliche, den sie verloren hatte, ehe sie nach Berlin kam, hatte ihn in einer fast dreißigjährigen Ehe das Stillschweigen gehörig beigebracht. Jetzt hätte sie die nötige Redefreiheit zwar gehabt, aber sie wußte nichts mehr damit anzufangen und trat sie gern an ihre Kinder ab.

„Ach, Hanschen,“ seufzte sie bekümmert, „werde uns bloß nicht krank! Wie willst Du sonst Dein Physikum machen?“

Hans schnellte in die Höhe: Er würde es schon fertig bringen, — allerdings ohne jede Illusion. Nachher begann die Schinderei fürs Staatsexamen. Dann wußte einem im besten Falle eine Stelle als Assistent, oder Rassenarzt. Dabei könnte man nicht leben und nicht sterben.

Es war ihm eine wahre Wollust, sich in die unerforschliche Dunkelheit zukünftiger Dinge einzuwühlen. Je schlummer er sich diese ausmalte, desto weniger fühlte er sich für gegenwärtige Unzulänglichkeiten verantwortlich.

Gegen französische Mäander.

Berlin, 11. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Paris wurde beauftragt, der französischen Regierung eine Note zu überreichen, in der es heißt, daß die französische Regierung mit ihrer Note vom 4. Februar die Note der deutschen Botschaft vom 31. Januar zurückgeschickt und zugleich angekündigt habe, daß sie zukünftig keine Schreiben mehr entgegennehme, die ihrem Wortlaut oder ihrem Sinne nach irgend eine Kritik der Feststellungen der Wiederherstellungskommissionen oder der insolge dieser Feststellungen getroffenen Maßnahmen enthielten. Die deutsche Regierung weist demgegenüber darauf hin, daß die zurückgeschickte Note nur Vorwürfe der französischen Regierung über Vertragsverletzungen Deutschlands enthalte und einen Beschluß der Wiederherstellungskommission überhaupt nicht erwähnte. Die französische Regierung wolle mit ihrem Vorgehen anscheinend die lehrin in Frankreich laut gewordene Auffassung zu ihrer eigenen machen, daß die Wiederherstellungskommission durch ihren Beschluß vom 26. Januar den deutschen Rechtsstandpunkt hinsichtlich der Ruhrabsetzung als unbegründet verwerfe. Die deutsche Regierung habe aber ihre Stellungnahme zu dem Beschluß der Wiederherstellungskommission dieser selbst mitgeteilt und habe keinen Anlaß, sich hierüber mit der französischen Regierung auseinanderzusetzen. Sie müsse auch der französischen Regierung das Recht bestreiten, jenen Beschluß als maßgebende Billigung ihres eigenen Standpunktes zu bewerten, was schon deshalb verfehlt sei, weil die Auslegung der Bestimmungen des Versailleser Vertrags von der Wiederherstellungskommission nur einstimmig hätte beschlossen werden können, was bei dem fraglichen Beschluß vom 26. Januar nicht zutraf. Die französische Regierung erhebe mit ihrer Ablehnung, deutsche Vorstellungen gegen die von ihr getroffenen oder beabsichtigten Maßnahmen anzuhören, den Anspruch, daß alles, was sie tue, von Deutschland stillschweigend hingenommen werde. Die deutsche Regierung kann, so heißt es am Schluß, in diesem Verhalten, das allen Regeln friedlichen internationalen Verkehrs widerspricht, nur ein Anzeichen dafür sehen, daß sich die französische Regierung im Bewußtsein der Schwäche ihres Rechtsstandpunktes der Notwendigkeit zu entziehen wünscht, in eine rechtliche Erörterung des deutschen Vorgehens einzutreten. Die deutsche Regierung kann und wird sich hierdurch nicht hindern lassen, den französischen Maßnahmen auch zukünftig das entgegenzuhalten, was ihnen nach Recht und Gerechtigkeit entgegengehalten werden muß.

Neues vom Tage.

Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 11. Febr. Der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats nahm gegen wenige Stimmen folgende Entschlüsse an: „Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erwartet von Regierung und Reichsbank, daß sie der Bezahlung der deutschen Währung entgegenwirken. Als mögliche Mittel erscheinen: 1. Interventionstätigkeit der Reichsbank auf den ausländischen Börsenplätzen. 2. Prüfung und Restriktion (Einschränkung) der von der Wirtschaft angeforderten Banumsätze, insbesondere Fernhaltung der Finanzwechsel vom Diskont der Reichsbank. 3. Schaffung eines ausreichenden Devisenfonds auf der Grundlage des Reichsbankgoldes zur Befriedigung des unumgänglichen Devisenbedarfs der Wirtschaft. 4. Bemühung um Auslandskredite. 5. a) Abdämmung der Devisenrotation und Devisenhamster; b) Beschränkung des freien Devisen- und Notenhandels, wenn möglich durch Errichtung einer Devisenzentrale. 6. Eröffnung von Goldkrediten bei der Reichsbank gegen Einzahlung von Devisen. 7. Auflegung einer inneren wertbeständigen Anleihe. 8. Verschleppung der Einziehung der bestehenden Steuern.“ 10. Er-

„Ein Glend, — ein Glend ohne Ende!“ ächzte er. „Aber Hanschen, ich begreife Dich nicht! Was geht Dir eigentlich ab? Du lebst reichlich so gut wie die Mehrzahl junger Studierende. Und studieren wolltest Du doch einmal, es war Dein eigener Wille. Nun halte dich noch ein paar Jährchen aus, dann bist Du über den Berg.“

Zärtlich und beschwichtigend redete Frau Großmann auf ihn ein; ihm Vorwürfe zu machen, daran dachte sie nicht. Sie war viel zu stolz auf ihn und litt mehr als er unter seinen pessimistischen Selbstqualereien.

Mumm ging nervös auf und nieder, immer hart an seiner Mutter vorbei, die am Fenster der dunklen Berliner Stube saß und Strümpfe stopfte. Mit einem Male legte er den Arm um ihren Hals. Sein hübsches Gesicht wurde weich und gut; wie ein kleines Kind suchte er sich an sie und ließ sich streicheln und hätscheln.

„Mein lieber Junge!“ küßte die Frau gerührt und glücklich.

„Ach Mutterherz, Du gutes!“ sagte der junge Mensch mit Jungelheit.

„Du verdienst, Du dankstest mich gehörig aus; aber es soll besser werden, ich verpöche es Dir,“ sagte Mumm zu seiner Mutter. „Sieh, studieren möchte ich, sonst wäre ich umgekommen in der grauen Sphäre der Unwissenheit uneres Armeleutenlebens. Ich hätte einen Durst nach Bildung und Wissen, der stärker war als ich. Im Grunde bin ich ja so dankbar für alle Aufklärung und alle Erkenntnis. Was mich quält und auf Abwege lockt, ist nichts als der unvernünftige Drang nach Betätigung — die treibende, überschüssige Kraft meiner Jugend! Ich möchte mich nur einmal ordentlich dehnen und strecken können, ohne immer und überall anzustoßen —“

„Ja, mein armer Junge, warum arbeitest Du denn nicht mehr? Du lebst meist zu Deinem Vergnügen. Trotzdem bist Du unzufrieden und mühselig. Machst Du nicht dafür verantwortlich?“

Hans schüttelte sich in der Erinnerung an die letzten Anspereien: „Zum Vergnügen?“ Es war lächerlich! Zum Glück! Das hätte besser zutreffen.

(Zu-Bezug s. 10)

...ung von über das notwendige Bedürfnis von ...
... und Handel hinausgehenden Teils von Export-
...devisen.

Die Smyrna-Krise.

Berlin, 11. Febr. Aus London wird dem „Lokal-
anzeiger“ berichtet: Zwischen dem türkischen Komman-
danten von Smyrna und den Befehlshabern der ver-
bündeten Kriegsschiffe ist ein Abkommen geschlossen
worden, wonach der gegenwärtige Zustand er-
halten bleibt, bis über den Aufenthalt der Kriegs-
schiffe in den türkischen Häfen auf diplomatischem Wege
entschieden ist.

Recht haben sie's.

Brüssel, 11. Febr. Bei einer Konferenz im Mini-
sterium des Auswärtigen, an der Ministerpräsident
Theunis, Außenminister Jaspar, für Frankreich Ver-
tretung, Außenminister De Trocquer und der französische Bot-
schafter Herbet, sowie Sachverständige teilnahmen,
wurde ein Übernehmen über die Transport-
frage in den besetzten Gebieten des Rheinlandes und
der Ruhr erzielt. Es wurden alle notwendigen Vor-
sorgearbeiten beschlossen, um der Desorganisation (?) im
Eisenbahn- und Schiffsverkehr entgegenzutreten.
(Dann kann's nicht fehlen)

Unfall des deutschen Gesandten.

Santiago, 11. Febr. Der deutsche Gesandte von
Erkert ist in der Provinz Lanquihua bei der Befrei-
ung eines Sulfans ums Leben gekommen.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 10. Febr.

Am Samstag behandelte der Landtag die Etatkapitel
über die höheren Schulen. Berichterstatter Dr.
Fritz (W.B.) beantwortete eine freiere Gestaltung des
höheren Schulwesens durch das sog. „Wegweihen“ be-
stimmter Unterrichtsfächer in den oberen Klassen. Die
„Tyrannis“ der Mathematik müsse gebrochen werden.
Dr. Schermann (Fr.) trat diesem Antrag entgegen
und wünschte, daß das humanistische Gymnasium nicht
verkümmere und daß allgemein die Bildungsziele nicht
herabgesetzt werden. Kultminister Dr. Dieber bezeich-
nete den Antrag Fritz als noch nicht reif für die parla-
mentarische Behandlung. Er stellte an Hand von Zahlen
einen Rückgang des Zugangs der Universität und ein star-
kes Anwachsen der Schülerzahlen in den Real- und
Bürgerschulen gegenüber den Anstalten gymnasialen
Charakters fest. Als eine bedeutende Folge der wirt-
schaftlichen Verhältnisse müsse es bezeichnet werden, wenn
von den Schülern der höheren Schulen heute nur noch
zwei Drittel zur Hochschule übergehen können. Damit
hat sich die Bedeutung des Reifezeugnisses gegenüber
früher erheblich verschoben. Abg. Bod (Fr.) brachte
Befürchtungen wegen eines angeblich geplanten Abbaus
der Gymnasien Nottwil und Ehingen zum Ausdruck.
Präsident Dr. v. Herzog zerstreute diese Bedenken. Bei
der Debatte der höheren Mädchenschulen traten ver-
schiedene Redner und Rednerinnen für die Beibehaltung
und Fortführung des Stuttgarter Mädchengymnasiums
ein und Kultminister Dr. Dieber konnte erklären, daß
die Unterrichtsverwaltung diesen Wunsch teile und auf
Grund eines neulich getroffenen Abkommens der Fort-
bestand dieser Anstalt als gesichert betrachtet werden
dürfe. Am Dienstag werden die Beratungen fortgesetzt.

Aus Stadt und Land.

Athensteig, 12. Februar 1920.

Generalversammlung des Gewerbevereins Altkreis.

Am gestrigen Sonntag Nachmittag fand im „Schwanen“
die Generalversammlung des Gewerbevereins statt, die von
Vorsitz Paul Beck geleitet wurde. Zunächst gedachte der
Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder, zu deren Gedächtnis
sich die Versammlung von ihm einig erhoben. Hierauf
wies der Vorsitzende darauf hin, daß im letzten Jahr eine
Generalversammlung nicht stattfand, daß dies aber künftig
wieder alle Jahre und zwar jeweils im Frühjahr stattfinden
soll. Abg. gab Rastler A. D. den Bericht über den
Abbau des Altkreis A. D. den Rastlerbericht be-
zogen, bei welchem erfreulicherweise von einer Spende von
2000 Mk. seitens eines ungenannten Mitgliedes berichtet
werden konnte. Der Verein hat seitdem sehr wieder Beiträge
erhalten und so kam diese Spende recht willkommen. Dem
Rastler wurde Entlastung erteilt und vom Vorsitzenden mit-
geteilt, daß eine Erhöhung des Beitrags nicht zu un-
gehen sei. Anschließend gab Vorstand B. A. den Bericht über
das abgelaufene Geschäftsjahr, dem zu entnehmen ist, daß
die Geschäftsanfälle in 11 Ausschüssen erledigt wurden,
daß der Verein funktionstüchtig und daß ein sehr guter Vor-
schritt ist, wo bereits eine Sitzung des Vereins stattgefunden hat.
Von Interesse war der Bericht über den Verbandstag in
Ehlingen, über welchen der Vorsitzende berichtete und über
die Veranlassungen der Arbeiten des Vereins, den Ausflug
nach München, den Vorbereitungskurs für die Winterprüfung,
Beschlüsse des Ausschusses usw. Dem seitdemigen Mitglied
des Handelskammer Stadtpflegers a. D. C. W. B. B., welcher
Altkreispräsident wurde, dankte der Vorsitzende für seine lang-
jährige Arbeit in der Handelskammer. Erwähnt sei auch der
Beschluss des Ausschusses, daß Mitglieder, die 25 Jahre
Mitglied des Vereins sind, und nicht mehr im Gewerbeleben
stehen, vom Vereinsbeitrag befreit sein sollen. Schließlich
berichtete der Vorsitzende noch über die Krankenkasse, über
die Mitgliedschaft ein und dankte zum Schluß seiner Aus-
sagen dem Ausschuss für seine Mitarbeit, besonders aber
Schiffhauer, Rastler und Bickelstein, sowie dem Vor-
sitzenden des Verkehrsvereins für ihre Mitarbeit. Letzterer
gab im Anschluß einen Bericht über Verkehrsfragen und an-
schließend fanden die Wahlen statt, bei welchen die bisherigen
Ausschussmitglieder einstimmig wiedergewählt wurden. Der
Beirat der Zeitschriften bildete den Abschluß der General-
versammlung, die einen durchaus harmonischen Verlauf nahm.

Zur gef. Beachtung!



Wir machen diejenigen unserer Leser,
welche unsere Zeitung durch die Post
zugefleht erhalten und mit ihrer Nach-
zahlung noch im Rückstand sind, be-
sonnig aufmerksam, daß diese den rechtlichen
Verzugspreis im Betrag von 450 Mk.
bis spätestens 15. Februar zu ent-
richten haben und daß hernach bei den
Rückständigen die Erhebung per Nach-
nahme erfolgt. Der Verzugspreis bei
der Post ist stets freibleibend und wir bitten die Rück-
ständigen unserer Lieben Aufforderung nachzukommen.

Die ersten Stenzen sind gestern schon hier eingetroffen.
Die Frühjahrsboten haben sich etwas früh eingestellt. Man
würde sich über einen halbigen Frühling ausgeht der
Brennstoffnot doppelt freuen können.

Neuwelt. Eine zu Gunsten der Rauhilfe veran-
staltete Hausammlung hat hier die Summe von 81 500
Mk. in Hofstet 11 600 Mk., zus. 94 100 Mk. ergeben.

Taufen a. R., 10. Febr. Aus Unvorsichtig-
keit erschossen. In Reutlingen tranken am
Mittwochabend einige Tauffener junge Burschen in einer
Wirtschaft ziemlich viel und sangen, worauf sie vom Poli-
zeidiener zur Ordnung aufgefordert wurden. Als sie auf
dem Heimweg weiterzögen, wollte der Polizeidiener die
Namen feststellen. Er hielt den Revolver in der Hand,
der, als er gestoßen wurde, plötzlich losging. Die Kugel
drang dem Ernst Breitenbücher in den Hals und führte
den sofortigen Tod herbei.

Neuenbürg, 11. Febr. (Großfeuer.) Am Sams-
tag brach in dem Anwesen der Christian Wegger'schen
Gerberei und Sahllederfabrik Großfeuer aus, das in den
aufgestellten Gerberbedeckungen reichliche Nahrung fand.
Das Feuer konnte auf seinen Herd beschränkt werden. Der
Schaden ist groß.

Gmünd, 10. Febr. (Diebstahl.) Ein Kaufmanns-
lehrling stahl einer hiesigen Silberwarenfabrik Silber im
Wert von etwa 4 Millionen Mark. Dieb und Fehler
wurden in Haft genommen.

Tübingen, 11. Febr. (Von der Universität.)
Der Tübinger Professor Dr. Gustav Deuchler, außer-
ordentlicher Professor für Pädagogik an der philol. Fa-
kultät, hat einen Ruf auf die neuerrichtete ord. Professur
für Pädagogik an der Universität Hamburg erhalten und
angenommen.

Grafenberg, 10. Febr. (Fabel-
hafte Güterpreise.) Für eine Liegenschaft von
etwa 208 Ar (ohne Gebäude) wurden hier über 23 Mil-
lionen Mark erzielt.

Schramberg, 10. Febr. (Diebstahl.) An einem
Tag wurden hier gestohlen: bei Gebrüder Jungmans
zwei goldene Uhren im Wert von 300 000 Mk., von
einem Postwagen der Post mit den Wertbriefen, einem
Schweizer 200 Franken - 1 1/2 Millionen Papiermark
und in der Uhrenfabrik einem Arbeiter 120 000 Mk. Die
Polizei hat einen Teil der Täter erjagt.

Ehingen, 10. Febr. (Einschränkung.) An Sonn-
und Feiertagen wird der Betrieb auf der Hohenzollerischen
Landesbahn bis auf weiteres eingestellt.

Friedrichshafen, 10. Febr. (Eritrunken.) Unter-
lehrer W. Eisele machte mit einer größeren Gesellschaft
einen Ausflug nach Wolfzennern. Bei der Heimkehr ge-
riet er infolge der herrschenden Dunkelheit in die hoch-
gehende Schüssen, ohne daß es von seinen Begleitern
gesehen wurde. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Großer Fabrikbrand. In der Hannover'schen Wag-
gonfabrik in Linden brach in den frühen Morgen-
stunden aus unbekannter Ursache ein großer Brand
aus. Explodierende Sauerstoffflaschen erschweren die
Arbeiten sehr. Die Fabrikanlagen am Bahnhof
Fischerhof sind vollständig niedergebrannt. Der Sch-
aden ist groß.

Englisch statt Französisch. In den nächsten Tagen
wird das bayerische Kultusministerium eine
Verordnung erlassen, daß in allen Mittelschulen die
englische Sprache an die erste und die französische
Sprache an die zweite Stelle gesetzt werden soll. Dar-
nach wird in den humanistischen Gymnasien Englisch
Pflichtfach, Französisch Wahlfach. In den Realanstalten
wird der englische Unterricht schon in der ersten
Klasse begonnen, während der französische erst von der
vierten bzw. sechsten Klasse an gelehrt wird.

Eine Dissektion der dänischen Arbeiterschaft. Die
dänische Arbeiterschaft plant eine große Aktion für
die Ruhrkinder. Die „Sozialdemokraten“ nun mit-
teilt, haben sich bis jetzt 800 dänische Arbeiterfamilien
gemeldet, die bereit sind, ein Kind aus dem Ruhrgebiet
bei sich aufzunehmen. Eine Vertreterin des deutschen
Roten Kreuzes begibt sich in diesen Tagen nach Kopenhagen,
um die Auswahl der Kinder und die Vorbereitungen
für ihre Reise zu den dänischen Arbeitern zu treffen.

Joffes Besuch in Tokio. Auf eine Parlamentsinter-
pellation erklärte der japanische Ministerpräsident,
Joffes Besuch in Tokio trage keinen offiziellen Cha-
rakter, doch sei die japanische Regierung jederzeit be-
reit, Verhandlungen mit Rußland über den Abschluß
eines Handelsvertrages zu beginnen. Ueber die Frage
der Okkupation Sachalins lehnte der Ministerpräsi-
dent jede Auskunft ab.

Rückgang der Viehzucht in Sowjetrußland. Laut
„Zemlja“ betrug der Rückgang der Viehzucht in Sow-
jetrußland im Jahre 1921, verglichen mit dem Jahre
1916: für Pferde 40 Prozent, für Rindvieh 37, für
Schafe und Ziegen 62 und für Schweine 50 Prozent.

Das englisch-amerikanische Schuldabkommen. Das
amerikanische Repräsentantenhaus hat das Schuldab-
kommen mit Großbritannien fast einstimmig bestätigt.

Die neue australische Regierung. Der Finanzminister
Bruce im zurückgetretenen Kabinett Hughes hat das
neue Kabinett gebildet. Bruce wird das Präsidium
und das Ministerium des Innern übernehmen. Das
Ministerium besteht aus Nationalisten und Landwirten
und hat eine deutliche Spitze gegen die Arbeiterpartei.

Schweres Grubenunglück in Amerika. Aus Denver
in Colorado wird gemeldet: Infolge einer Explosion
im Steinkohlenbergwerk Dawson sind 122 Berg-
arbeiter verschüttet. Die Rettungsmannschaften
bargen bisher 100 Tote. Weitere unbestätigte Nach-
richten sprechen von 400 Toten.

Das Erdbeben im Stillen Ozean. Erst jetzt treffen
Nachrichten über das Erdbeben ein, das am vorletzten
Sonntag im südlichen Stillen Ozean stattgefunden hat.
Danach sind die Hawaii-Inseln von ungeheuren,
schnell hintereinander folgenden Sturmfluten heim-
geführt worden, die den Tod zahlreicher Menschen und
großen Sachschaden verursachten. Alle Verbindungen,
selbst der Luftdienst mit Samoa, sind unterbrochen.
In der Hilo-Bay, dem Haupthafen der Hawaii-Gruppe,
trat das Meer weit zurück und brandete dann plötzlich
mit ungeheurer Gewalt zurück. Eine Flutwelle von
über fünf Meter Höhe stürzte sich auf das Land und
riß alles mit sich fort. Bäume wurden wie Stroh-
halme geknickt und ausgerissen, Eisenbahnbrücken wie
Spielzeuge weggeschleudert, und sämtliche kleinen Standorten
waren nach dem Zurückweichen der Flut vom Erd-
boden weggerastert. Die Zahl der Umgekommenen und
ins Meer gerissenen läßt sich noch nicht feststellen.

Sei hart, mein Volk!

Sei hart, mein Volk! Biß ab die heiße Zähne
Und balle wieder deine Eisensaut,
Dein Bestes gilt's, mein Volk, die deutsche Ehre,
An der ein Wurm gräbt und die Bestie zaut.
Biel gabst du hin — und was dir noch geblieben
Ist wert, nicht eines Deutschen Stolz zu sein.
Doch eins, mein Volk, das du in Blut geschrieben,
Die Ehre, Volk, die halte fest und rein!

Sei stolz, mein Volk! Blick' auf die großen Taten,
Die du und deine Söhne früh vollbracht;
Als diese wehrten tausenden Granaten,
Gast du gedurft dahelm in Grau'n und Nacht!
Willst du, mein Volk, den stolzen Raden beugen
Zum Sklavensoch, das dir von „jenen“ wankt?
Sei stolz, mein Volk, dein Stolz wird ihnen zeigen,
Daß deutsche Ehre nicht in Schmutz versinkt!

Sei hart, mein Volk! Gedenke deiner Toten,
Die treu beschützten deinen deutschen Herd,
Die starben so, wie es die Pflicht geboten —
Nach dich, mein Volk, der teuren Toten wert!
Nach ist die letzte Kugel nicht verschossen! —
Sei hart, mein Volk, laß groß im Leid dich sehn,
Und hat der alte Gott es so beschloffen,
Dann laß uns stolz als Deutsche untergehn!

Paul Zimmermann.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Samstag in Frankfurt
31 820 G., 31 979 Br., in Berlin 30 822 G. und
30 977 Br.

- 1 Schweizer Franken — 5960 G., 5989 Br.
- 1 französischer Franken — 2009 G., 2020 Br.
- 1 italienischer Lira — 1546 G., 1553 Br.
- 1 holländischer Gulden — 12 468 G., 12 531 Br.
- 1 Pfund Sterling — 148 128 G., 148 871 Br.
- 100 österreichische Kronen — 45,15 G., 45,35 Br.
- 1 tschechische Krone — 948 G., 947 Br.
- 1 spanischer Peseta — 4952 G., 4972 Br.
- 1 dänische Krone — 5985 G., 6015 Br.

Wegfall der Pfennigbeträge im Postfach, Post-,
Telegraphen- und Fernsprechverkehr. Vom Reichspost-
ministerium wird mitgeteilt, daß beabsichtigt ist, im
Postfach-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr
die Pfennigbeträge wegzulassen zu lassen. Die Aus-
zahlungsgebühren des Postfachverkehrs werden be-
reits seit dem 15. Januar auf volle Mark abgerundet.

Gold- und Silberankaufpreise. Der Ankauf von Gold
für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt
in der Woche vom 12. bis 18. Februar zum Preis
von 140 000 Mk. für ein Zwanzigmarkstück. Reichs-
silbermünzen werden zum 200fachen Betrag des Nenn-
werts übernommen.

Starke Erhöhung des Goldzollaufgeldes. Für die
Zeit vom 14. bis einschließlich 20. Februar beträgt
das Goldzollaufgeld 709 900 gegenwärtig 474 900 Pro-
zent.

Große Preiserhöhung für Uhren. In schneller Folge
haben die Uhrenfabrikanten die Preise ihrer Erzeug-
nisse erhöht. Einem Preisaufschlag von 60 Prozent
am 16. Januar folgten weitere Aufschläge mit 64
Prozent am 22. Januar und mit 23 Prozent am 29.
Januar. Am 2. Februar wurden die Preise weiter um
60 Prozent erhöht. Die Preissteigerung im Januar bis
jetzt beträgt demnach 416 Prozent. Im Einzelhandel
kostet ein neu eingelaufener einfacher Wecker 34 000 Mk.,
eine einfache Zimmeruhr 240 000 Mk. und eine ein-
fache Hausuhr 850 000 Mk.

Winnenden, 10. Febr. Dem Schweinemarkt wa-
ren 48 Stück Milchschweine zugeführt, die zum Preis
von 90—100 000 Mk. pro Stück verkauft wurden. Han-
del lebhaft. — Die Zufuhr zum Fruchtmarkt be-
trug 85 Htr. Weizen, 66 Htr. Haber und 2 Htr.
Koggen. Preis für Weizen 61—65 000, Haber 30-
bis 35 000, Koggen 58 000 und Dinkel 40 000 Mk.
je pro Zentner.

Kottweil, 10. Febr. Dem Vieh- und Pferde-
markt waren zugeführt: 93 Pferde, 52 Ochsen, 66
Kühe, 153 Rinder, 28 Ferkel und 9 Kälber. Bezahlt
wurden für Pferde 1—4, schwere Ochsen 5—8, jüngere
Ochsen 2,5—4 Millionen, je pro Paar. Für Kühe 1
bis 3, Ferkel 1,5—4 Millionen, Jungvieh 400 000
bis 1 Million Mk. Handel wegen hoher Preise nicht
besonders lebhaft. — Schweinemarkt. Zugeführt: 3
Küfer und 237 Stück Milchschweine. Ein Küfer galt
150 000 bis 190 000, ein Paar Milchschweine 120-
bis 200 000 Mk.

Haben Sie Ihr Opfer der Ruhrhilfe dargebracht? Letzte Nachrichten.

Unzufriedenheit in Paris.

WTB. London, 10. Febr. „Daily Express“ berichtet aus Paris, die dort herrschende Unzufriedenheit über die negativen Ergebnisse der Ruhrbesetzung werde täglich deutlicher. Die Besetzung, die zuerst begeistert unterstützt wurde, werde immer mehr mit Zweifel und Unwohlsein angesehen. Niemand in Frankreich glaube, daß die Entsendung von annähernd 5000 Transportwilligen in das Ruhrgebiet das Problem lösen könne.

Vergeblich Bemühungen.

WTB. Paris, 12. Febr. Das Ergebnis der vorgestrigen Verhandlungen des französischen Kabinetts mit dem belgischen Außenminister Jaspar wird von dem „Pitt Parisien“ wie folgt zusammengefaßt: Es sei vereinbart worden, die Bemühungen auf den wichtigsten Eisenbahnlinien fortzusetzen und neben dem französischen und belgischen Personal auch diejenigen deutschen Eisenbahner und leitenden deutschen Beamten heranzuziehen, die zur Wiederaufnahme der Arbeit gewillt seien. Dazu komme ein System der Ausfuhrbewilligung für sämtliche Industriellen des Ruhrgebietes. Dies werde die beste Waffe gegen den Widerstand der Großindustriellen sein.

WTB. Paris, 12. Febr. Wie das „Journal des Debats“ mitteilt, ist gestern Abend eine Anzahl höherer Beamten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten nach dem Ruhrgebiet abgereist.

Witers franz.-belgische Maßnahmen.

WTB. Paris, 12. Febr. Ministerpräsident Poincaré hatte gestern gegen Abend eine Besprechung mit General Degoutte über die Anwendung der weiteren Maßnahmen, die von der französischen und der belgischen Regierung festgesetzt worden sind.

Ein Verbot des Aufenthaltes deutscher Minister im Ruhrgebiet.

WTB. Paris, 12. Febr. Das teilte in einer offenbar als halbamtlich anzusehenden Mitteilung mit, daß der

wichtigste Beschluß des französischen und der belgischen Regierung, von deutschen Ministern den Zutritt ins Ruhrgebiet zu untersagen, weil durch ihre Anwesenheit Unruhen hervorgerufen werden könnten, nicht bedeute, daß die allertüchtigsten Behörden, beim Vertreten der Besatzungszone einen Passierschein oder einen Paß zu verlangen. Die große Zahl der Zugangswegen zum Ruhrgebiet mache eine berätliche Kontrolle unmöglich. Uebigens würde es auch nur eines Flugzeuges bedürfen, um diese Kontrolle zu umgehen. Es würden jedoch auf Grund des vorgestrigen Beschlusses die deutschen Minister, wenn sie unbehellig ins Ruhrgebiet hineingelangen seien, sofort nach Deutschland (!) zurückgebracht, sobald ihre Anwesenheit gemeldet werde.

Letzte Nachrichten aus dem Ruhrgebiet.

WTB. Essen, 12. Febr. Gestern Morgen ist Direktor Daiton von der Gewerkschaft „Johanneum“ aus unbekanntem Grund verhaftet worden. Vorgestern Abend erfolgte die Verhaftung des Bergwerks Ruffel von der Berginspektion Gladbach, weil er den franz. Ingenieuren den Zutritt zu den Gruben verboten und Anklage über die Förderung verweigerte. Er ist aus dem besetzten Gebiet fortgebracht worden.

WTB. Gerns, 12. Febr. Vorgestern sind hier außer neue 3 Polizeibeamte wegen Grundverweigerung festgenommen worden. Infolge des Verhaltens der Polizei- und der Rdt. Beamten usw. ist am Samstag Abend um 9 Uhr über Gerns der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

WTB. R. Klinghausen, 12. Febr. Der vor einigen Tagen verhaftete Redakteur Fischer von der R. Klinghausener „Allgemeinen Zeitung“ ist vom franz. Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Bürgermeister Riewer und Stadtverordnetenvorsteher Rechtsanwalt Richaus sind vorgestern Nachmittag von der Besatzungsbehörde verhaftet worden.

WTB. Essen, 12. Febr. Ueber die Wählungen der Kohlenblockade meldet die „Bergwerkszeitung“, daß sie durchaus nicht die von den Arbeitern erwartete schnelle Wiederaufhebung habe. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß der Ruhrbergbau auch die Kohlenblockade weit länger ertragen kann, als man selbst auf deutscher Seite angenommen hat. Ueber die Lage der Schifffahrt auf dem Rhein und der Ruhr wird mitgeteilt, daß die deutschen Reduzierten ihre Dampferparks vollständig stillgelegt haben. Der Schleppverkehr von Duisburg aus bergwärts beschränkt sich daher nur auf die wenigen Schleppdampfer, die unter französischer Flagge fahren. Der größte Teil dieser Dampfer liegt aber auch außer Betrieb. Der Ripperverkehr in den Ruhrhalden ist vollständig eingestellt worden. Aus dem Rhein-Gerne-Kanal kommen keine Schiffe

mehr heraus, da die Analfleppen den Dienst einstellt haben. Auch die Schleusen werden nicht mehr bedient.

Wie mitgeteilt wird, haben die Verbände der Honorar-Kaufmannschaft und des Wirtschaftsministeriums beschlossen, an die Angehörigen der Besatzung keine Waren bzw. Speisen mehr zu verabreichen.

Da die Kohlen- und Metalllieferungen an die franz. Besatzungstruppen ausbleiben nicht gestört sind, hat General Gournerer dem hiesigen Oberbürgermeister mitgeteilt, daß die Truppen angewiesen werden würden, sich selbst zu bedienen.

Keine Schauerwärtchen, sondern Wahrheit.

Berlin, 10. Febr. Der Chefredakteur des „Vormärks“, Friedrich Stampfer, macht seinem Blatt aus Paris: Einem der Hauptwerke meines Aufsatzes hierher war, der Kriegspopaganda entgegenzuwirken, die sich in einem Teil der deutschen Presse bemerkbar macht. Als ich gestern die Nachrichten aus R. Klinghausen las, die so abenteuerlich und unwahrscheinlich klangen, glaubte ich die beste Gelegenheit gefunden zu haben, die letzte richtige Berichtserstattung geradezu auf frischer Tat zu ertappen. Ich machte mich mit dem Genossen Martens über den Bergarbeiterverband und zwei englischen Kollegen auf den Weg nach R. Klinghausen. Ich muß aber feststellen, daß die Berichte über R. Klinghausen nicht übertrieben waren, sondern viel eher hinter der Wirklichkeit zurückblieben. Nicht minder schändliche Dinge, je sogar noch schändlicher als in den Berichten bei dem militärischen Überfall auf dem Bahnhof ab. Die Enttarnung der Besatzung, die geübt ist, ihre Köpfe hoch zu tragen, und die sich jetzt mit Kolben und mit der Reitpeitsche behaßt sieht, ist unerschrocken. Die Bewegung geht jetzt hier unter sozialdemokratischer Führung; die nationalistische Welle ist zurückgedrängt, was eine gewisse Sicherheit gegen Unzufriedenheiten gibt. Aber wenn dem Treiben der französischen Soldateska nicht Einhalt geboten wird, kann niemand für das, was noch kommen kann, die Verantwortung übernehmen. Ich werde mich von dieser Stelle an die geistigste Welt, vor allem an die Sozialisten Frankreichs, damit sie das Übermaß des Verhältnisses und die Höhe Frankreichs retten, die hier von den franz. Offizieren täglich besudelt wird.

Generalrat französischer Bergarbeiter.

WTB. Paris, 12. Febr. Nach einer Besprechung aus Dimez hat die Gewerkschaft der kommunikativen Bergarbeiter von Lothar durch Maxeranzschlag den Generalrat für den 16. Febr. proklamiert, da die Grubenbesitzer auf das Verlangen nach Lohnerhöhung nicht geantwortet haben.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul, Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchhandlung Altensteig.

Altensteig.

Todesanzeige.



Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß meine liebe Gattin, unsere liebe Mutter, Schwester und Schwägerin

Heinrike Burghard

geb. Luz
nach längerem Kranksein im Alter von 76 Jahren sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
der Gatte: Christian Burghard senior
die Söhne: Christian, Hermann,
Eugen z. Zt. in Colorado (Amerika).
Beerdigung am Dienstag Mittag
3 Uhr.

Stadtgemeinde Calw.

Am Mittwoch, den 14. Februar d. J. findet

Pferde-, Vieh- u. Schweinemarkt



statt. Zu dessen Besuch wird eingeladen.
Marktbesucher aus versuchten Orten haben keinen Zutritt.
Calw, den 10. Febr. 1923.

Stadtschultheißenamt:
Söhner.

Schultinte

empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhandlung.

Altensteig.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres innigstgeliebten Kindes sagen tiefgefühlten Dank!

Familie
Eugen Fira.

Briefordner und Schnellhefter

sowie
Durchschlagpapier
Schreibmaschinen
Kohlenpapier

hat stets auf Lager
die

W. Rieker'sche Buchhdlg.
Altensteig.

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

Gefucht wird auf 16.
März ein tüchtiges, ehliches

Mädchen

für Küche u. Haushalt, nicht
unter 18 Jahren.

Jean Fortkweilster Birt
Nagold.

Etwa umweilen.
Eine schöne zweireihige

Ziehharmonika

mit 8 Klappen hat zu verkaufen
Fritz Rosenbach.

Namen-Stempel

Datum-
in Kautschuk u. Metall,
sowie

Email-Schilder

(Namen-Türschilder)
Nachtleuchtende Emailschilder
sind zu beziehen
durch die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

Calw.

Stammholz-Verkauf

im Wege des schriftlichen Mißgebotes am Donnerstag,
den 15. Februar 1923, nachmittags um 3 Uhr
auf dem Rathaus aus dem Gemeindevorstand

1 Los 30 Stück Fichten, etwa 25 Ffm.

Bedingungslos Angebote in Prozenten der neuesten staatlichen Forstpreise 1922 mit der Aufschrift „Angebot auf Stammholz“ sind bis Donnerstag Nachmittag 1/2 Uhr an das Schultheißenamt einzureichen.

Gemeindevorstand.

Nagold Oberamt Nagold.

Nadelstammholzverkauf.

Am Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags
1 1/2 Uhr kommt aus dem hiesigen Gemeindevorstand
Schöner Wald und Sulz nachstehendes Stammholz, eingeteilt in 2 Lose, zum Verkauf:

Los I. Nr. 81—121 mit Fm III. 17,45, IV. 9,92, V. Kl. 2,06,
„ II. „ 122—239 mit Fm III. 28,98, IV. 30,72, V. 10,54, VI. 0,50,
Sägholz II. 3,39, III. Kl. 0,49.
In Los II sind 23 Forchen III. Kl. enthalten.
Angebote darauf wollen nach der neuesten staatlichen Forstpreise in % ausgedrückt bis Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags 1 Uhr beim Schultheißenamt einzureichen werden.
Abschlag ist günstig. Zuschlag vorbehalten.

Schultheißenamt.

Wir suchen Fabrikanten für laufend größere Mengen gedrehter

Holzspuppen, Dosen, Hasen, geklebter Holzschachteln

Wolf. Intereffengemeinschaft.

„Refa“ G. m. b. H., Berlin W. 62, Lutherstr. 19.

